nicht, wie in Nr. 91 des „Vld." behauptet wird, der Fortschrittspartei angehören. Als Beweis, daß diese Behauptung nicht nur aus der Luft gegriffen ist, diene folgendes:

Als gläubiger Katholik begab ich mich vergangenen Sonntag in die Pfarrkirche zu Altdorf, um mich dort an einer gehaltvollen Predigt zu erbauen. Ich hatte mich jedoch bitter getäuscht. Was mußte ich da statt einer dem sonntäglichen Evangelium entsprechenden Predigt hören? Ein Aufruf, unterzeichnet von der gesamten Landesgeistlichkeit und sogar bekräftigt durch die Unterschrift des Bischofs von Chur, recht zahlreich an der nächsten Landsgemeinde zu erscheinen und gegen die Tanzinitiative, als Vorläuferin einer Entchristlichung des katholischen Kantons Uri, zu stimmen, dies war das Wort Gottes, das von der Kanzel herab verkündet wurde. Aber nicht nur in Altdorf, sondern in sämtlichen Kirchen des Kantons wurde diese Hetzarbeit — man darf sich dieses Ausdruckes füglich bedienen — auf der Kanzel verlesen. Ist die Geistlichkeit dafür da, im Hause des Herrn das Wort Gottes zu verkünden, oder soll sie auf der Kanzel für politische Fragen eintreten und den Gegner durch ordinäre Phrasen zu bodigen suchen? Diese Frage ist hier gewiß berechtigt. Weit entfernt, den Seelsorgern jedes Recht, zur Tanzinitiative Stellung zu nehmen, absprechen zu wollen, muß man doch konstatieren, daß sie hierin viel zu weit gegangen sind. Und dies ist auch der Grund, warum eine Großzahl der urnerischen Bevölkerung sich hernach über dieses krasse Vorgehen sehr abfällig geäußert hat. Also erkennt sogar das katholische Urnervolk, wie ungebührlich das Einschreiten der Geistlichkeit ist.

Daß man dem Volke, das während des ganzen Jahres streng arbeitet, am Kirchweihfest den freien Sonntag-Nachmittag kirchlicherseits zu einem ehrbaren Vergnügen nicht freigeben will, ist ein vollständiges Verkennen eines gesunden, frohen Volkssinnes. Die asketischen Grundsätze der Geistlichen wollen wir in Ehrfurcht unberührt lassen, aber zu verlangen, daß die Bevölkerung sich diesen füge und für immer auf ein Vergnügen verzichte, das wir bei allen Völkern ausgebildet finden, dies kann ich nicht anders als unverständig nennen. Die Geistlichkeit, die sich der psychologischen Kenntnis unseres Volkes rühmt, wird sich mit dieser feindlichen Stellungnahme gegenüber einem berechtigten Volksbegehren gewiß keine Freunde schaffen.

Angesichts dieser Sachlage wird sich der Kampf um die Tanzinitiative voraussichtlich zu einem recht interessanten gestalten. Eine Prognose für deren Ausgang zu stellen, dürfte etwas schwer fallen. Immerhin werden sich die Initianten im Falle einer Niederlage einen gewaltigen Achtungserfolg verschaffen, mit welchem die Gegner fernerhin zu rechnen haben. Denn trotz allen Hindernissen wird auch in Zukunft tatkräftig am Zustandekommen der Initiative gearbeitet werden, und wenn auch bis zur Verwirklichung des Gesagten noch geraume Zeit verstreichen dürfte, so werden die Herren vom System endlich doch zur Einsicht kommen. Den besten Beweis für diese notwendige Folge liefert uns die letzte Landsgemeinde unseres Nachbarkantons Obwalden.

Inkompatibilität.

(Zur Hochdorfer Chokolade-Angelegenheit.)

Die Entgegnung, welche ein „Vld."-Einsender unsern Ausführungen widmet, interessiert am meisten durch das, was sie verschweigt. Das „Vld." sagt nichts von den zweieinhalb Millionen, mit denen unsere Kantonalbank bei der Lucerna beteiligt ist. Darin aber liegt die Pointe der Sache. Erfolgte diese Beteiligung der „radikalen Gründung" zulieb? Wer ist für die Kantonalbank verantwortlich? Wie steht es mit der Kantonalbankkommission?

Das ist eine politische Seite der Angelegenheit, die Riesenbeteiligung des kantonalen Kreditinstituts an einem Unternehmen, das so wenig Gewähr bietet und in dieser Weise verwaltet wurde. Darüber wird noch sehr einläßlich zu reden sein, gleichviel, ob es dem „Vld." angenehm sein kann oder nicht und ob es auch der eine oder andere Liberale nicht gerade gern sieht.

Die andere politische Seite liegt, wie hier schon ausgeführt wurde, in der Forderung der Inkompatibilität. Die Vorgänge in Hochdorf können an unserm Volke nicht ohne eine starke Reaktion vorübergehen. Wir mühten an seiner Einsicht und an seinem moralischen Empfinden zweifeln, wenn ihm nicht Vorkommnisse, wie das famose Amerikaner Geschäft und anderes, wac in Hochdorf geschah, von Grund aus zuwider wären. Wir lassen es uns nicht nehmen, daß das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit es als eine Unehre empfindet, wenn seine obersten Magistraten bei der Leitung von Instituten, wo so etwas vorkommt, beteiligt sind. Der Kanton Luzern kann dem gründlich nur abhelfen, wenn er seine Regierungsräte angemessen bezahlt, dafür aber verlangt, daß sie sich ganz dem Staatsdienst widmen und nicht zugleich in den Vorständen und Verwaltungen aller möglichen privaten Unternehmungen sind. Das erfordert nicht nur die Würde des Amtes und eine gute Administration, sondern es liegt auch im wohlverstandenen ökonomischen Interesse des Kantons.

Wir bezwecken damit, daß der parteipolitische Faktor, um auf diesen zu kommen, in der Industrie wieder ausgeschaltet wird. Er gehört nicht hinein, und wir müssen ihn wegbringen, wenn das Mißtrauen, mit dem man vielerorts der luzernischen Industrie begegnet, verschwinden soll. Die geschäftliche Kalkulation verträgt diesen Faktor nicht. Wir werden so lange keine gesunde Verhältnisse erhalten, als unsere Industrie nicht vollständig auf sich selbst abstellen und sowohl der Stütze durch Autoritätspersonen, als auch der parteipolitischen Hülfsdienste und Verpflichtungen entbehren kann.

Nun noch zu dem, was der „Vld."-Einsender wirklich gesagt hat. Er braucht starke Ausdrücke, aber schwache Gründe. Etwas weniger ruppig, würde künftig klüger sein, denn wir haben eine Glocke, mit der man Sturm läuten kann.

Hr. Direktor Schmidlin, eine „der führenden liberalen Persönlichkeiten des Seetals", habe die gesamte Hochdorfer Industrie gegründet. Wahr und unwahr! Wahr ist, daß Hr. Schmidlin, der jetzt den Weltlohn empfängt, an der Industrialisierung Hochdorfs die Hauptarbeit geleistet hat, wahr aber auch, daß Hr. Schmidlin das nicht für sich selbst tat, sondern im Dienste anderer, und daß seine Wirksamkeit für die Sache der liberalen Partei seit dieser Zeit so gut wie ausgeschaltet war. Also das Gegenteil von dem, was der „Vld."-Einsender behauptet. Weiß das „Vld.", um nur eine Tatsache zu nennen, nichts mehr von der letzten Gemeinderatswahl, wo 251 Stimmen gegen 249 standen. War es Hr. Schmidlin, der damals den Ausschlag gab? Wir erwähnen das nicht, um Vorwürfe zu machen, aber wir können es nicht zugeben, daß das „Vld." allgemein bekannte Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrt. Es wird jetzt gerade ein Jahr sein, da wir mit Hrn. Schmidlin einen kleinen journalistischen Zusammenstoß und dabei Gelegenheit hatten, einen tiefern Blick in diese Dinge zu tun.

Die „Lucerna" soll eine liberale Gründung sein! Sage man doch wahrheitsgemäß, daß sie eine Gründung des Hrn. Burkhart ist, der unseres Wissens keineswegs im Geruche des Radikalismus steht. Als Hr. Burkhart, der Herr der Seetalbahn, winkte, haben sich ihm die liberalen und konservativen Verwaltungsräte zur Verfügung gestellt, dabei als Präsident Hr. RMat Schobinger, der Chef der konservativen Partei. Warum mußte Hr. Schobinger, der zugleich Verwaltungsrat der Seetalbahn war, dabei sein? Wegen seiner Kenntnisse in der Schokoladenindustrie? Er wußte davon so wenig wie die andern Herren.

Die konservative Partei wollte über Hochdorf die Hand halten. Wir sagen damit nicht, daß sie mit der Lucerna identisch sei, und eine parteipolitische Ausschlachtung nach Art des „Vld."-Einsenders, der von einer radikalen Gründung spricht, liegt uns fern. Aber wir halten die Situation für viel zu ernst, als daß Tatsächliches einfach ignoriert werden könnte. Den liberalen Verwaltungsratsmitgliedern, welche für die politische Unabhängigkeit der Angestellten sich bemühten, sind wir dankbar. Ein vermehrter Erfolg ihrer Anstrengungen wäre auch geschäftlich nicht vom Uebel gewesen; vielleicht hätte das „Amerikaner Geschäft" in diesem Falle etwas weniger „geblüht".

Die „Vld."-Einsendung ist übrigens sehr lehrreich für jene Liberale, die man neu in das Unternehmen hineinziehen will oder hineinzog, als die Sache schon brenzlig war.

Dem Herrn Verfasser möchten wir dringend raten, künftig weniger frech zu sein. Traurig ist nicht die Kritik, welche die Presse als Vertreterin des öffentlichen Geistes üben muß, und in der wir auch unsere eigenen Parteigenossen nicht geschont haben. Traurig ist das, was in Hochdorf und in Luzern in dieser Sache geschah: Die eigentümlichen Gründungs-Manipulationen, die Fabrikerweiterung, das Amerikaner Geschäft, der Dividendenbeschluß und die Kantonalbank-Beteiligung. Darüber gelangt man nicht hinweg mit der Phrase vom „Landesunglück". Die Schokoladengeschichte kam nicht unabwendbar über uns, wie das Fatum über den Großstürken kommt, sondern sie ist so gemacht worden, und es besteht daher dafür eine Verantwortlichkeit. Diese zu betonen und vor weiterer Gefährdung des Staates zu warnen, ist eine Pflicht, deren Erfüllung um so notwendiger wäre, wenn das „Vld." die Dinge auch ferner behandeln wollte mit dem faulen Solidaritätsgefühl seiner gestrigen Einsendung.

Zum Uebertritt.

Man schreibt uns: Die Altdorfer Kommission, d. h. der an der großen Tagung des Gotthardbahnpersonals vom 9. Dezember 1906 in Altdorf gewählte Ausschuß der Vertrauensmänner der verschiedenen Dienstkategorien zur Wahrung ihres Besitzstandes beim Uebergang an den Bund (Präsident Hr. Souschef N. König in Chiasso), erstattet in einem Zirkularschreiben an das Gotthardbahnpersonal Bericht über ihre Tätigkeit und gedenkt dabei des erzielten Erfolges, der darin besteht, daß bis zum Jahre 1912 der bisherige Besitzstand des Personals gewährleistet werde. In einer am 17. April nachträglich mit Hrn. Bundesrat Forrer abgehaltenen Konferenz, der auch der Vicepräsident der Generaldirektion, Hr. Flury, beiwohnte, wurden auch die jeweilen von der Gotthardbahn durch Direktionsbeschlüsse bewilligten generellen Nebenbezüge und Zulagen, mit wenigen Ausnahmen, zugesprochen. Leider sei es der Altdorfer Kommission nicht gelungen, die unbegrenzte Wahrung des jetzigen Besitzstandes auch über das Jahr 1912 hinaus zu erhalten, immerhin sei der Wille ausgesprochen worden, auf die Verhältnisse der Gotthardbahn im neuen Besoldungsgesetz möglichst Rücksicht zu nehmen.

Die Altdorfer Kommission empfiehlt zum Schlusse dem Personal grundsätzlich den Uebertritt an den Bund und erachtet es als ihre Pflicht, dem hohen Bundesrat und der Bundesversammlung das ihr bewiesene Entgegenkommen zu verdanken in der Erwartung, daß der nunmehr festgelegte Schutz des Personals durch die Organe der Bundesverwaltung entsprechende Ausführung finden werde. Sie gedenkt dabei aber auch der Kartell-Leitung der vereinigten Personalverbände (Präsident Hr. Dr. Eigenmann in St. Gallen), welche mit Würde, Takt und Ruhe zu jeder Stunde für die Interessen des Personals eingestanden ist. Das Zirkular schließt: Möge am 1. Mai 1909 ein guter Stern unsere Geschicke übernehmen! Möge der Staat seinen ehemaligen Gotthardbahnern ein guter Arbeitgeber und Fürsorger sein!

Ein weiteres Zirkularschreiben erhielt jeder Gotthardbahner auch vom Präsidenten der Generaldirektion der schweizer. Bundesbahnen, Hrn. Weißenbach, wodurch ihm eröffnet wird, daß das Personal mit 1. Mai unter den bekannten Bedingungen in den Dienst der Bundesbahnen übernommen werde und daß für das Personal als Bundesbeamte Rechte und Pflichten nach Bundesgesetz und nach dem Reglement betreffend die allgemeinen Dienstvorschriften für die Beamten und Angestellten vom 17. Oktober 1901 maßgebend seien.

Hr. Weißenbach hofft, daß die bisherige Pflichttreue und der rege Diensteifer im gleichen Maße auch der Eidgenossenschaft zugewendet werden, und daß man als Beamter des Bundes in dem für das Verkehrsleben der Schweiz so wichtigen Eisenbahndienst die ganze Kraft für die öffentlichen Interessen einsetze und damit zur gemeinsamen Förderung des volkswirtschaftlichen Gedeihens unseres Vaterlandes beitrage. W.

Schweiz.

Bundesbahnen.

Bundesstadt, 29. Der Verwaltungsrat der schweizer. Bundesbahnen hat in seiner heutigen Sitzung den Geschäftsbericht und die Jahresrechnungen der Bundesbahnen für 1908 genehmigt. Die Betriebseinnahmen betragen 142,129,314 Fr. und die Betriebsausgaben 100,958,946 Fr. Es ergibt sich mithin ein Betriebs-Ueberschuß von 41,170,368 Fr. Hiezu kommen als weitere Einnahmen der Gewinn- und Verlustrechnung der Vortrag vom Vorjahre, der Ertrag der verfügbaren Kapitalien, Bauzinse, Ertrag von Nebengeschäften, Einnahmen aus den Spezialfonds, Betriebssubventionen (Simplon 2c). Insgesamt betragen die Nutzposten der Gewinn- und Verlustrechnung 58,098,324 Fr. Dagegen fordern die Anleihenszinse und die übrigen Passivzinse, Pachtzinse und Einlagen in die Spezialfonds, die Amortisations- und diverse Lastenposten zusammen 55,952,398 Franken.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt also mit einem Passivsaldo von 2,854,074 Fr. Dazu kommen noch die Teuerungszulagen mit 2½ Millionen Franken.

Luzern.

Ein wichtiger Tag.

Der 1. Mai ist für unsere Eisenbahnverhältnisse ein außerordentlich wichtiger Tag. Heute fährt zum letzten male die Gotthardbahn, morgen werden die Bundesbahnen auch im Besitze der Gotthardlinie sein. Wir kommen auf das Ereignis, das sich glücklicherweise im besten Einvernehmen aller Beteiligten vollzieht, zurück. Hoffen wir, daß es dem Lande und dem bisherigen Gotthardgebiet, das dem Unternehmen so überaus viel zu danken hat, zum Segen gereicht.

Gotthardbahn.

Die Generalversammlung vom Donnerstag genehmigte, nach erfolgter Annahme der Vergleichsvorschläge — siehe Referat in gestriger Nummer des „Tagblatt" — den Bericht und Antrag betreffend die Auflösung der Gesellschaft und Eintritt in die Liquidation.

Der vorgelegte Liquidationsbeschluß wurde hierauf genehmigt. Er sieht die Bestellung einer Liquidationskommission von 7 Mitgliedern und 3 Ersatzmännern vor und umschreibt deren Befugnisse: Die Kommission hat der Generalversammlung der Aktionäre jährlich Bericht und beim Abschluß den Endbericht zu erstatten. Drei Rechnungsrevisoren und drei Ersatzmänner bilden die Rechnungsprüfungskommission. Die Generalversammlung wird von der Liquidationskommission einberufen. Auf Antrag von Ständerat Isler wurde der Zusatz beschlossen, daß die Kommission auch die Auszahlung einer entsprechenden jährlichen Zinsvergütung an die Aktionäre unter Verrechnung beim Schlußergebnis vornehmen könne.

In die Liquidationskommission wurden gewählt:

Die HH. Ing. R. Abt, Luzern, Präsident des Verwaltungsrates; Ständerat E. Isler, Aarau, Vizepräsident des Verwaltungsrates; Direktor Dr. Jul. Frey, Zürich, Mitglied des Verwaltungsrates; H. Dietler, Luzern, Präsident der Direktion; A. Schrafl, Luzern, Vizepräsident der Direktion; Kaiserl. Rat Schönwald, Wien und Karl Brettauer, Berlin.

Als Ersatzmänner: die HH. Rechtsanwalt Dr. Temme, Basel, Mitglied des Verwaltungsrates; Banquier E. Sidler, Luzern, Mitglied des Verwaltungsrates und Fritz Andreae, Berlin.

In die Rechnungsprüfungskommission wurden gewählt: die HH. Rechtsanwalt Dr. Temme, Basel, Mitglied des Verwaltungsrates; Banquier E. Sidler, Luzern, Mitglied des Verwaltungsrates und Lucien Picard, Frankfurt; als Ersatzmänner: die HH. Bankpräsident J. Blankart, Lugano, Mitglied des Verwaltungsrates; Oberinspektor A. Hurter, Luzern, und Ständerat von Reding-Biberegg, Schwyz.

Als Mitglieder der Kontrollstelle für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1909 wurden gewählt: die HH. Direktor Knüsli-Simond in Winterthur; RMat Ringer in Aarau; RMat Bleuler in Zürich und als Suppleanten: die HH. Aug. Huber, Mitglied der Rentenkommission der schweizerischen Nationalbank in Zürich; Bankdirektor Morel-Bischer in Basel und RMat Josef Schmid in Luzern.

Steuerwesen.

Die Gemeindekanzleien werden im „Kantonsblatt" darauf aufmerksam gemacht, daß die Steueranzeigen an die Gemeinderäte der Heimatgemeinden der Steuerpflichtigen bis zum 20. Juni zu erfolgen haben. Für die Stadt Luzern ist die Frist bis 20. Juli erstreckt.

Maikäferflug.

Das Departement der Staatswirtschaft erinnert im „Kantonsblatt" daran, daß dieses Jahr ein Maikäferflug eintritt. (Er ist mehrernorts schon eingetreten und heute vorüber, der naßkalte Sturmregen vom Donnerstag dürfte aber dem Feinde den Garaus gemacht haben. Die Red.). Die Gemeinderäte werden aufgefordert, gemäß der Verfügung vom 7. April 1886 sofort eine Käfersammlung

---

scheinlich auch mich an. Denn auch meine Briefe werden kontrolliert. Dazu sind wir zu alt und erwachsen. . . ."

„A—ah", sagte Frau von Schröter ganz entsetzt, „ihr rebelliert —?!"

„Ich würde an Ihrer Stelle «Sie» sagen", entgegnete Talfy. „Mit «ihr» pflegt man gewöhnlich nur eine Gesellschaft von Dienstboten anzureden, aber nicht Damen aus guten Häusern. . . ."

Die Baronin, im Grunde genommen eine liebevolle und entgegenkommende Natur, erbleichte. Wenn dieser Geist der Unzufriedenheit um sich griff, stand der Ruf ihres Instituts auf dem Spiel. Sie mußte streng sein.

„Ich sehe zu meinem großen Bedauern", sagte sie, „daß es nötig sein wird, Ihnen beiden gegenüber energischere Saiten aufzuziehen. Bisher ist mir ein so törichter Widerstand gegen gut gemeinte Bestimmungen noch nicht vorgekommen. Sie werden an den beiden nächsten Sonntagen keinen Urlaub erhalten und drei Tage hindurch während der Freistunden auf Ihrem Zimmer verbleiben. Und merken Sie sich eins, meine jungen Damen: eine gewisse Disziplin tut auch den Mädchen gut. Sie stählt den Charakter und — ja, sie bewahrt auch vor Torheiten."